

Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition über dieses Zeitungs-
heft abgebaut; vierstelliger 4.-, bei
zweistelliger möglich! Buchhaltung und Post
ab 0.75. Durch die Post bezogen: die Reichs-
post a. Oberreit vierstelliger 4.-4.50. Für
die übrigen Länder laut Gelungskarte.

Redaktion und Expedition:
Buchdruckerei 8.
Gesamtpreis 150 und 220.

Hauptexpeditionen:
Ulrich Gehr, Buchdruck., Universitätsstr. 8,
2. Etage, Bürosachenstr. 14, u. Königsg. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Königstraße 24.
Gesamtpreis Kast I Nr. 1718.

Haupt-Filiale Berlin:
Gott. Klemm, Herzog. Hof- und Reichshof-
Postamt 10.
Gesamtpreis Kast VI Nr. 4608.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Freitag den 24. April 1903.

Nr. 205.

97. Jahrgang.

Ein Trümmerhaufen.

Unter dieser Überschrift schrieb die "Deutsche Evangelische Korrespondenz": „Am Weihnachtsfest 1901 hatte Kaiser Wilhelm II. in Gotha aus einer Anregung des dortigen Regierungsernsters Gebraugen von Hohenlohe-Sausenburg hin mit großer Wärme sich für eine Einigung der evangelischen Landeskirchen Deutschlands ausgesprochen. Damit schlug der Kaiser einen Ton an, der der Schnauft der besten Männer der evangelischen Landeskirchen entsprach. Man durfte hoffen, daß nunmehr die Vorarbeiter, die seit vielen Jahrzehnten in dieser Richtung geleistet waren, zu einem schnellen, glücklichen Abschluß gelangen würden. Ein auf diese Einigung abzielender Entwurf wurde im vergangenen Jahre von den Vertretern der verschiedenen Landeskirchen fertiggestellt und sollte zunächst zur endgültigen Beratung und Annahme in der Eisenacher Kirchentagung gelangen.

Der Kaiser war sich bei seinem kürzlichen Eintreten für den Einigungsgedanken vollkommen klar darüber, daß dieses Objekt mit äußerster Vorsicht zu behandeln sei. Seine Worte waren mit großer Sorgfalt geholt. Er gebrauchte das parale Gleichnis aus dem Pfarrleben von Weißel und den Hohen. Anderseits bezeichnete der Kaiser die Einigung der evangelischen Kirchen Deutschlands als „ein hohes Ziel seines Lebens“.

Unmittelbar vor Errichtung dieses hohen Ziels sahte des Reichskanzlers Graeser Bölow unverhüllte Hand wieder einmal unvermutet und ohne zwingenden Grund in das kirchenpolitische Getriebe des Deutschen Reiches ein durch die Ratsbildung, das die preußischen Stimmen im Bundestag für die Abschaffung des Besitztumsgehefts festlegen werde. Dass mit diesem Gescheit an das Zentrum eine Herausförderung der evangelischen Landeskirchen verbunden war, scheint der Kanzler nicht empfunden zu haben, aber er scheint die evangelischen Kirchen zu den für einen modernen deutschen Staatsmann wertlosen Impudentien gerechnet zu haben.

Noch unvermuteter als die Ratsbildungsbewegung scheint aber dem Kanzler eine zweite Wirkung seiner Bekanntmachung gekommen zu sein, die eine direkte Zerrüttung eines Einigungswunsches des Kaisers zur Folge hat. Bei den Zusammenkünften der Landeskirchen war unter anderen Gründen auch derjenige einer früheren Abwehr ultramontan-katholischer Übergriffe durch die neue Organisation maßgebend gewesen. Gerner war ganz naturgemäß und als einziger gangbarer Weg die Stelle des Präsidiums in der neuen Organisation dem Königreich Preußen zugedacht worden, weniger, weil dieser Staat gefällig eine starke evangelische Mehrheit aufweist, als aus dem Grunde, weil Preußen allgemein als leistungsfähiges Volkwerk gegen die ultramontane Hochstätte erachtet wurde und weil die Hohenjüller als die natürlichen Beschützer des deutschen Protestantismus galten.

Aber ist denn wirklich die Einräumung des Präsidiums der Organisation an Preußen der „einzige gangbare Weg“? Und was wirklich, wenn dieser Weg ungängbar ist, auf die ganze Organisation verzichtet werden? Wie läuft es, daß gerade die Vorlaunenisse der letzten Zeit die absolute Notwendigkeit einer Einigung der evangelischen Landeskirchen zum Zwecke gemeinsamer Arbeit ultramontaner Übergriffe beweisen hätten. Eine Einigung mit Ausnahme Preußens wäre natürlich unmöglich gedeckt. Aber sollten die obersten preußischen Kirchenbehörden nicht gerade jetzt den Wunsch haben, nach einer Organisation, in der sie das Präsidium nicht führen, eine Rückenleistung zu erhalten, die sie zwingt, der eigenen Regierung mahnend entgegenzutreten? Wie müßten uns sehr lächerlich, wenn gerade der Mangel einer fähigen Organisation die preußischen Kirchenbehörden davon abgehalten hätte, sich über das Projekt des Grafen Bölow vernünftig zu lassen. Jedenfalls wäre es ganzlich verfehlt, wenn man gerade jetzt die Hände von dem Werke abziehen und ausmüller Refugiation auf einen „Trümmerhaufen“ blenden wollte. Die jetzt abgebrochene „Spitze“ bedeutet nicht das Fundament. Und dieses liegt noch nicht in Trümmern. Eine andere Spitze wird sich am besten in einem Staate finden, wo der Landeskirche nicht Summierecclesia und infolgedessen die Kirchenbehörden weniger an den Wegen der allgemeinen Staatspolitik gebunden sind. Sorge aller besseren Kräfte muß es jetzt mehr als je sein, die vorhandenen Fundamente weiter aufzubauen; die rechte Spitze findet sich dann ganz von selbst.

politischen Lage ausgehend unter der Hand ihren nicht-preußischen Freunden offen das erschreckende Gefahrtheit abgelegt: „Ich schaue mich zur Zeit, ein Preuße zu sein.“

Die Abhängigkeit der obersten preußischen Kirchenbehörden von der allgemeinen Staatspolitik Preußens ist in letzter Zeit so überaus häufig zu Tage getreten, daß man es den nichtpreußischen Protestanten nicht verübeln kann, wenn sie sich weigern, sich unter dem maßgebenden Einfluß solcher abhängigen Bedrängen zu begeben. Da anderseits ein anderer Präsident für die geplante gemeinsame Verhinderung als das preußische für völlig ausgeschlossen gelten muß, so liegen wie tatsächlich, dank der unvorsichtigen Hand des deutschen Reichskanzlers, vor einem Trümmerhaufen, der einen Viehfangswunsch des deutschen Kaisers und das Jahrzehntlange Streben des deutschen Protestantismus begräßt.

Es wird lange währen und es werden gewichtige Schritte seitens Preußens auf dem Gebiete der protestantischen Kirchenpolitik getrieben müssen, bis es Preußen wieder gelingen soll, das Mißtrauen zu zerstreuen und eine erneute Annahme der kirchlichen Zusammenschlüsse der Evangelischen Kirche zu ermöglichen. Preußens Ministerpräsident kennt jetzt die verhängnisvolle Folgen seiner letzten kirchenpolitischen Maßnahmen. Er zeigt den Mutstaatmännischer Weise und anders seinen Entschluß“

Keiner kann man dem Verfasser, soweit er die tatsächlichen Verhältnisse schildert, nicht widersprechen. Wirklich regt sich jetzt selbst da, wo man anfangt die Einräumung des Präsidiums der geplanten Organisation an das Königreich Preußen als den „einzigen gangbaren Weg“ betrachtete, entschiedener Widerstand gegen das Betreten dieses Wege. Und das kann nicht befremden, während die obersten preußischen Kirchenbehörden ihre Abhängigkeit von der allgemeinen preußischen Staatspolitik gerade in einem Hause bewiesen haben, in dem sie hätten befinden müssen, daß sie in erster Linie sich berufen hätten, ein fröhliches Wort zur Abwehrung der durch den Grafen Bölow beabsichtigten Abrednung des Besitztumsgehefts über den gesamten Protestantismus herausgehobenen Gefahr zu sprechen. Die Besorgnis, daß gerade Preußen an wenigstens genug sei, an die Spitze einer zur Abwehr solcher Gefahren zu schaffenden Organisation zu treten, wird auch nicht abmindest durch das Erwägung, daß Graf Bölow nicht ewig Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident bleibt werden wird. Die Abhängigkeit der obersten preußischen Kirchenbehörden von der allgemeinen preußischen Staatsbehörden wird bleiben, und es ist schlechterdings keine Gewähr dafür gegeben, daß nicht ein Nachfolger des Grafen Bölow auf politischen Gründen mit dem Zentrum paktiert.

Aber ist denn wirklich die Einräumung des Präsidiums der Organisation an Preußen der „einzige gangbare Weg“? Und was wirklich, wenn dieser Weg ungängbar ist, auf die ganze Organisation verzichtet werden? Wie läuft es, daß gerade die Vorlaunenisse der letzten Zeit die absolute Notwendigkeit einer Einigung der evangelischen Landeskirchen zum Zwecke gemeinsamer Arbeit ultramontaner Übergriffe beweisen hätten. Eine Einigung mit Ausnahme Preußens wäre natürlich unmöglich gedeckt. Aber sollten die obersten preußischen Kirchenbehörden nicht gerade jetzt den Wunsch haben, nach einer Organisation, in der sie das Präsidium nicht führen, eine Rückenleistung zu erhalten, die sie zwingt, der eigenen Regierung mahnend entgegenzutreten? Wie müßten uns sehr lächerlich, wenn gerade der Mangel einer fähigen Organisation die preußischen Kirchenbehörden davon abgehalten hätte, sich über das Projekt des Grafen Bölow vernünftig zu lassen. Jedenfalls wäre es ganzlich verfehlt, wenn man gerade jetzt die Hände von dem Werke abziehen und ausmüller Refugiation auf einen „Trümmerhaufen“ blenden wollte. Die jetzt abgebrochene „Spitze“ bedeutet nicht das Fundament. Und dieses liegt noch nicht in Trümmern. Eine andere Spitze wird sich am besten in einem Staate finden, wo der Landeskirche nicht Summierecclesia und infolgedessen die Kirchenbehörden weniger an den Wegen der allgemeinen Staatspolitik gebunden sind. Sorge aller besseren Kräfte muß es jetzt mehr als je sein, die vorhandenen Fundamente weiter aufzubauen; die rechte Spitze findet sich dann ganz von selbst.

Die aufsteigende Bewegung unseres Wirtschaftslebens.

Als ungehörige vor Aufrechtsetzung des Eisenbahnenetz für 1902 im preußischen Abgeordnetenhaus beraten wurde, haben sowohl der Finanzminister, wie der Minister der öffentlichen Arbeiten darauf hingewiesen, daß noch der ungünstigen Entwicklung des Eisenbahnenverkehrs in der letzten Hälfte des Jahres 1901 die Eisenbahneinnahmen zu günstig geschlagen erschienen und voraussichtlich hinter dem Einsatzzuge nicht unerheblich zurückbleiben würden. Die Verkehrsentscheidung des abgelaufenen Jahres haben zunächst diese Aussicht nur zu sehr zu bestätigen.

Die Eisenbahneinnahmen überstiegen so wenig den niedrigstand des Jahres 1901, daß bei der Gratkaufstellung für 1902 im Herbst des vergangenen Jahres die Verkehrs-

ergebnisse des Jahres 1901 zu Laste gelegt werden mußten. Auch weiterhin war die Entwicklung des Verkehrs eine solche, daß bei der auf Grund der Verkehrs-ergebnisse der ersten zwei Drittel des Jahres 1902 vor-nommenein Schädigung der voraussichtlichen Einnahmen der preußischen Eisenbahnverwaltung, wie der Finanzminister bei der Vorlegung des Gesetzes für 1903 mitteilte, noch ein Haushalt von 45 Millionen Mark gegen denetat angenommen war. Dem Spätsommer des vorigen Jahres kam es in der Entwicklung des Verkehrs eingetragen. Von da ab zeigt sich eine starke und steile Zunahme des Verkehrs, und zwar fällt im Vergleich zu den ersten zwei Dritteln des Jahres, wo die geringe Verkehrs-zunahme wesentlich aus dem Verkehrsverkehr herrührte, der Personenanteil der Verkehrssteigerung auf den Güterverkehr. Wie der Minister der öffentlichen Arbeiten in der Dienstbegutachtung des preußischen Abgeordnetenhauses mitteilte, haben die Eisenbahneinnahmen des Jahres 1902 sich im ganzen um 40 Millionen Mark höher gestellt, als im Vorjahr, und zwar entfallen davon mehr als 35 Millionen Mark auf den Güterverkehr. Die Folge davon ist, daß der Ausfall gegenüber dem Gesetzanspruch sich nicht auf jenen Betrag von 45 Millionen Mark, sondern nur auf 18 Millionen Mark stellt, und daß die Ausgaben der Eisenbahnverwaltung sich um 10 Millionen Mark gegen den Haushalt erheblich erhöhten. Der Güterverkehr des Staatsbahns erzielte 1902 gegenüber dem Haushaltssatz für 1902 gegenüber dem Güterverkehr des preußischen Eisenbahnverwaltung für 1902 gegenüber dem Haushaltssatz nur um 8 Millionen Mark zurückbleiben dürfte.

Diese Wendung zum Besseren auf dem Gebiete der Eisenbahneinnahmen eröffnet erfreuliche Aussichten, sowohl finanzieller, als wirtschaftlicher Natur. Wenn man erwägt, daß die Einnahme der Eisenbahnen in etwa 4% Monaten gegen 80 Millionen Mark betrug und das im Winterhalbjahr für 1902 die Überreste von 1901 zu Grunde gelangt sind, so ergibt ein einfaches Rechnungsmittel, daß, wenn die heimige Bewegung des Verkehrs ebenso fortwährt, wie sie sich in den letzten Monaten gezeigt hat, man in dem laufenden Rechnungsjahr in Preußen mit einer Steigerung der Verkehrsleistungen um 18 Millionen Mark und einem Haushaltssatz von 10 bis 70 Millionen Mark zu rechnen haben würde.

Selbstverständlich kann im Hinblick darauf, daß die reale Entwicklung des Wirtschaftslebens manche Schwierigkeiten sowohl vom Inlande als vom Auslande her erleidet könnte, mit unbedingter Sicherheit nicht auf ein so günstiges Ergebnis gerechnet werden. Auch liegt es auf der Hand, daß eine Steigerung der Verkehrsleistungen noch nicht gleichbedeutend mit einer entsprechenden Steigerung des Eisenbahnbürohauses ist. Am nächsten steht natürlich auch die Verkehrsleistung der Eisenbahnen, wenn auch nicht in demselben Maße wie die Einnahmen, mit der Steigerung des Verkehrs, und überdies können elementare Ereignisse, wie die hohen Schneevermehrungen, eine beträchtliche außerordentliche Steigerung der Ausgaben herbeiführen. Immerhin erscheint die Hoffnung auf einen günstigen finanziellen Abschluß der preußischen Eisenbahnverwaltung für 1903 wohl berechtigt.

Der Umstand, daß der Hauptteil der Verkehrssteigerung auf den Güterverkehr entfällt und daß diese starke und steile Zunahme des Verkehrs sich in einem verhältnismäßig milden Winter entwickelt, berechtigt zu der Annahme, daß man die Urfache der Verkehrssteigerung in einem Wiederaufleben des Unternehmungswesens gesehen und in einer aufstrebenden Entwicklung des Handels und Industrie zu erblicken hat. Sofern das seitliche Zusammentreffen des Wirtschaftsverlaufs mit der Verkehrssteigerung des Güterverkehrs vorliegt, so liegt es auf der Hand, daß eine Steigerung der Verkehrsleistungen noch nicht gleichbedeutend mit einer entsprechenden Steigerung des Güterverkehrs ist. Am nächsten steht natürlich auch die Verkehrsleistung der Eisenbahnen, wenn auch nicht in demselben Maße wie die Einnahmen, mit der Steigerung des Verkehrs, und überdies können elementare Ereignisse, wie die hohen Schneevermehrungen, eine beträchtliche außerordentliche Steigerung der Ausgaben herbeiführen. Immerhin erscheint die Hoffnung auf einen günstigen finanziellen Abschluß der preußischen Eisenbahnverwaltung für 1903 wohl berechtigt.

Auch hier können Störungen in der ruhigen wirtschaftlichen Entwicklung eintreten. Dies gilt insbesondere auch von dem Ausfall der bewerkstehenden Ratsversammlungen. Gelingt dieartige Versammlung nicht, so besteht die Möglichkeit, daß die obige Entwicklung des Güterverkehrs eingestellt wird, daß die obige Entwicklung der Eisenbahnen nicht mehr aufrechterhalten kann, und so kann es nicht fehlen, daß man auch die Parole einer nüchternen Prüfung unterzieht, von der der "Worms" sagt, es sei die der deutschen Arbeiterschaft. In Wirklichkeit ist es die der Sozialdemokratie. Sie lautet dahin: Gegen Rollerböden und für geistige Steuer! Gegen Militarismus und für gründliche soziale Reform! Für Erhaltung und Wahrung der Rechte des Volkes, für Belebung aller Ausbeutung! Für Demokratie und Sozialismus! Was den ersten Punkt betrifft, so ist derlei sehr annehmbar. Hat jede Partei wünscht, es möchte angeben, weitere Rollerböden zu vermeiden. Doch sind wir in dieser Beziehung bis zu einem gewissen Grade abhängig von den anderen Staaten, mit denen wir auf dem Weltmarkt konkurrieren. So lange diese ihre Güter nicht wesentlich herabsetzen, können wir uns nicht dazu gezwungen, die Allgemein-Wollsdauer zu spielen. Größere Geschäftigkeit bei der Entwicklung wollen zu lassen, ist das unangenehme Verhältnis der Regierung und aller Parteien. Die Tasse macht sich aber nicht aus dem Handgelenk, und so habe immer die Gedanken bei einander wohnen mögen, die verschiedenen Interessen stehen sich hart im Raum. Gegen Militarismus! Ein Schlagwort aus der vorangegangenen Zeit. Was damals unter Militarismus verstanden wurde, ist heute noch der überwiegendste Anspruch aller bürgerlichen Parteien die wesentliche Voraussetzung für die Sicherheit des Vaterlandes. — Für gründliche Sozialreform! treten heute alle bürgerlichen Parteien ein, ebenso wie für Erhaltung und Wahrung der Rechte des Volkes und für möglichst Belebung aller Ausbeutung. Wenn die Sozialdemokratie glauben zu machen verucht, sie besiegt ein Waffentheil dagegen, daß die Rechte des Volkes ebenfalls gefürchtet werden können, und die Kraft, alle Ausbeutung zu bekämpfen, so befindet sie sich in einem beispiellosen Irrenwahn. Am wenigsten aber ist es auf dem Wege, auf dem die Partie für Demokratie und Sozialismus durchzudringen versucht wird, von einer Partei, welche die monarchische Grundlage der deutschen Reichsverfassung beschützt, ein solches Verbrechen zu erfüllen. Statt weniger aber erfüllen sich die Versprechungen der Sozialdemokratie gegenüber der Arbeiterschaft, da wo die Sozialdemokratie selbst als Arbeitgeber auftritt. Hungerlöste, Überspannung der Arbeiterschaft und vor allem Einkennung und Tyrannie der Arbeiterschaft einfangen, sind in den sozialdemokratischen geleiteten Betrieben oder dort, wo das sozialdemokratische Element überwiegt, an der Tagesordnung. Die Verwirklichung der sozialdemokratischen Wohlparole: „Für Demokratie und Sozialismus“ bedeutet für die Arbeiterschaft nur die Auflösung eines unerträglichen Fisches, das jede persönliche Freiheit des Einzelnen untergräßt!

C. H. Berlin, 28. April. (Der neue Marineattaché in Petersburg.) In dem so außerordentlich wichtigen Posten eines Marineattachés in Petersburg wird sich am 15. August ein Wechsel vollziehen; der bisherige Marineattaché für die nordischen Reiche, Kapitän zur See Greifere v. Schimmelmann, ist bekanntlich

Anzeigen-Preis

die Gegepalte Seite 25.-

Wellenläufe unter dem Reichslandtitel (Gegepalten) 75.- für den Familienanzeigern (Gegepalten) 50.-

Zeitungslizenzen und Bitten um entsprechende Befreiung — Befreiung für Nachverkäufer und Übertragung 25.- (vgl. Preis).

Große-Billagen (gepalten), nur mit der Börse-Bürgschaft, ohne Postförderung 4.-

Zeitungslizenzen und Bitten um entsprechende Befreiung für Befreiung 20.-

Die Expedition ist jedenfalls ununterbrochen geöffnet von früh 6 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von C. Voig in Leipzig.

Deutsches Reich.

* Leipzig, 23. April. Wir erhalten folgende Brichte:

In der gestrigen Abendnachricht „Drei Blätter“ bringen Sie eine Note aus der „Röde. Blg.“ über den „Kaffeehandel“, die allerdings geeignet ist, die Entwicklung der Kaufschaft herabzuführen, die aber natürlich verdeckt sein soll, der eine Abnahme vom Kaffeehandel hat, denn die heutige Verkehrszeitung für „Kaffeehandel“ ist die heutige Verkehrszeitung für „Kaffeehandel“ zu den Belegschriften für Kaffeehandel. Das Hamburg für regulär Kaffee handelt etwa 20.4. nicht, es nicht. Damit Sie sich aber überzeugen können, was ist eine Qualität Kaffee unter „regular Santos“ zu verstehen ist, lesen wir Ihnen einen Teil der von den Hamburg Kaffee-Werken — also ausführlich beschriebenen — Kaffee-Kaffee nach regular Santos-Kaffee nachzuhören —

Zwei Preise zu kennen Sie nur

2.- für 1 kg. Kaffee transito ab Hamburg,

2.- für 1 kg. Kaffee und Speise nach Leipzig.

2.- für 1 kg. Kaffee bei Leipzig.

2.- für 1 kg. Kaffee bei Hamburg.

2.- für 1 kg. Kaffee bei Berlin.

2.- für 1 kg. Kaffee bei Dresden.

2.- für 1 kg. Kaffee bei Bremen.

2.- für 1 kg. Kaffee bei Hannover.

2.- für 1 kg. Kaffee bei Frankfurt.

2.- für 1 kg. Kaffee bei Stuttgart.

2.- für 1 kg. Kaffee bei Nürnberg.

2.- für 1 kg. Kaffee bei München.

2.- für 1 kg. Kaffee bei Wien.

2.- für 1 kg. Kaffee bei Triest.

2.- für 1 kg. Kaffee bei Mailand.

2.- für 1 kg. Kaffee bei Rom.

2.- für 1 kg. Kaffee bei Paris.

2.- für 1 kg. Kaffee bei London.

2.- für 1 kg. Kaffee bei New York.

2.- für 1 kg. Kaffee bei Sydney.